

## Region

# Altlasten sorgen für Stirnrunzeln

**Nidau** Der Nidauer Stadtrat hat gestern das Budget 2021 und eine Beteiligung am Energieverbund Bielersee genehmigt. Allerdings führte nicht die 3-Millionen-Investition zu Diskussionen – sondern die Sanierung eines Parkplatzes.

Carmen Stalder

Es ist schon fast ein denkwürdiger Moment: Mit 29 von 30 Stimmen hat der Nidauer Stadtrat gestern die Beteiligung der Gemeinde am neuen Energieverbund Bielersee beschlossen. Nidau wird sich also mit drei Millionen Franken am Fernwärmeprojekt des Energie Service Biel (ESB) beteiligen. Dieses wird ab 2022 ein grosses Gebiet mit Wärme und Kälte versorgen, gewonnen aus dem Wasser des Bielersees (das BT berichtete).

Denkwürdig ist das Ganze deshalb, weil das Geschäft in der Vergangenheit für einigen Trubel und Zoff gesorgt hatte. Doch von diesen Misstönen war gestern nichts mehr zu hören. Vielmehr würdigten die Stadträte, dass der Gemeinderat eine überparteiliche Motion zum Thema wunschgemäß umgesetzt hatte – und Nidau nun folglich zwei Sitze im Verwaltungsrat des Energieverbunds einnehmen wird. «Dann sind wir doch froh, ist das jetzt unter Dach und Fach», schloss Stadtratspräsidentin Esther Kast (Grüne) das Geschäft ab.

### Schwierige Prognose

Das Budget 2021 weist ein Defizit von 4,9 Millionen Franken – rund eine halbe Million mehr als vor einem Jahr. Mit beschwichtigenden Worten versuchte der zuständige Gemeinderat Martin Führer (FDP), dem Stadtrat das Budget dennoch schmackhaft zu machen. Man habe den vorhandenen Spielraum ausgenutzt. Ausserdem sei nun nicht der Zeitpunkt für drastische Massnahmen wie eine Steuererhöhung oder eine Sparrunde.

Sorgen bereitet Führer auch die aktuelle Situation. Covid-19 werde einen Einfluss auf die Steuereinnahmen von Nidau haben: «Aber wir wissen heute



Der Nidauer Stadtrat tagt weiterhin in einer Turnhalle – anders als hier im Juni aber mittlerweile mit Schutzmasken. MATTIA CODA/A

### «Dann sind wir doch froh, ist das jetzt unter Dach und Fach.»

Esther Kast (Grüne) über die Beteiligung am neuen Energieverbund

nicht welchen.» Demzufolge sei die Prognose der zukünftigen Steuererträge mit grossen Unsicherheiten verbunden. «Es ist kein schönes, aber ein solides Budget», so Führer.

Die Ratslinke musste Führer am Ende nicht mehr gross überzeugen. Sie konnte die Abstimmung für sich gewinnen – trotz der SVP, die das Budget aus Protest gegen «völlig überbeuerte Projekte» ablehnte. Und trotz den Bürgerlichen, die eine Senkung der Liegenschaftssteuer forderten, womit sie jedoch nicht

durchkamen. Schliesslich wurde das Budget 2021 mit 14 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen bewilligt.

### Altlasten überdecken

«Der Stadtrat genehmigt das Projekt Sanierung Parkplatz Strandbad und bewilligt dafür einen Investitionskredit von 630 000 Franken»: Hinter diesem scheinbar harmlosen Geschäft verbarg sich dann überraschend viel Diskussionsstoff. Vorgesehen sind eine neue Parkplatzoberfläche und ein besseres

Entwässerungssystem, da sich heute bei starkem Regen Pfützen bilden.

Dank dem Projekt könne ausserdem künftig wildes Parkieren unterbunden werden, sagte Gemeinderat Philippe Messerli (EVP). Man werde neue Bäume pflanzen, einen zusätzlichen Parkplatz schaffen und so insgesamt die Infrastruktur des Strandbades attraktivieren – punktlich auf die neue Saison.

Die Fraktion EVP/Grüne reagierte mit einem Rückweisantrag auf diese blumige

Beschreibung. Bekanntlich befinden sich unter dem Parkplatz Altlasten – und genau dieser verseuchte Boden wolle man nun mit einer glänzenden Oberfläche zudecken. «Wie können wir der nachfolgenden Generation erklären, dass wir keine Altlastensanierung gemacht haben?», fragte Michael Rubin (Grüne). Messerli erwiderte, dass eine solche Sanierung geschätzt drei Millionen Franken kosten würde – und notabene unnötig sei.

Der Antrag der EVP/Grünen hatte am Ende keine Chance. Dafür jener der SP, der eine «massive Kostensenkung» und eine Aufwertung für Parkplatz und Umgebung fordert. Bettina Bongard (SP) argumentierte, dass der Parkplatz auf das ganze Jahr gesehen oftmals leer sei – entsprechend sei das Vorhaben zu teuer. «Wir fordern eine kostenoptimierte und befriedigende Lösung.» Dieser Rückweisantrag fand eine Mehrheit: Messerli wird sich also erneut mit der Gestaltung des Parkplatzes beschäftigen müssen.

Nachwirkungen wird auch die Annahme eines neuen Mehrwertabgabe-Reglements haben. Die SVP befürchtet erhebliche Mehrkosten und eine Beschwerdewelle von Liegenschaftsbesitzern. Für die Partei war schon gestern kurz nach der verlorenen Abstimmung klar: Sie wird erneut das Referendum ergreifen und damit den Nidauerinnen und Nidauern die Möglichkeit zur Mitbestimmung ermöglichen.

### Budget 2021

<b>Aufwand</b>	54 276 718
<b>Ertrag</b>	49 381 154
<b>Defizit</b>	4 895 564
<b>Nettoinvestitionen</b>	12 660 000
<b>Steuerfuss</b>	1.7

cst

## Nachrichten

ARCH

### Linnemann kommt für Wey

Der Gemeinderat Arch hat für die Primarschule Markus Linnemanns neuen Schularzt bestimmt. Er löst den langjährigen Schularzt Andreas Wey ab. mt

BIEL

### 30 Personen eingebürgert

Der Gemeinderat hat 30 Personen, die in Biel wohnen, die Zusage zur Einbürgerung erteilt. Davon sind 20 in der Schweiz geboren. Es sind 13 Erwachsene, 1 Ehepaar und 17 Minderjährige. mt

## Kinos

Grenchen, Palace

Telefon: 032 652 28 16

«Follow Me»

Sa 21 Uhr

«Clara und der magische Drache»

So 14 Uhr

Grenchen, Rex

Telefon: 032 652 20 38

«Elise und das vergessene

Weihnachtsfest»

Fr/Sa 20.15 Uhr, Sa/So 16 Uhr

«Hexen hexen»

Sa/So 14 Uhr

## Mehr Personal für den Umweltschutz

**Biel** Der Stadtrat fordert eine Aufstockung der Dienststelle Umweltschutz – und setzt damit erneut ein Zeichen für ein stärkeres städtisches Engagement in diesem Bereich.

Biel hat jetzt einen Aktionsplan Biodiversität: Der Stadtrat hat am späten Mittwochabend einen Kredit über 600 000 Franken für dessen Umsetzung gesprochen. Der Aktionsplan sieht drei Handlungsfelder vor. Erstens soll die Artenvielfalt durch die Aufwertung von Lebensräumen gefördert werden. Zweitens wird die Bevölkerung durch gezielte Kommunikation für das Thema Biodiversität sensibilisiert. Und drittens wird mithilfe der Bevölkerung ein Florainventar für das Stadtgebiet erstellt: Alle vorkommenden Pflanzenarten sollen erhoben und kartiert werden. Das Vorhaben fand im Stadtrat eine breite Zustimmung. Die Freude darüber war Umweltdirektorin Barbara Schwickert (Grüne) anzusehen – trotz Maske.

Bei aller Freude wurde aber von den linken Parteien kritisiert, dass der Aktionsplan noch viel zu wenig weit gehe; er könne erst der Anfang sein. Doch wer mehr Leistung fordert, muss

auch die Mittel zur Verfügung stellen. Nicht nur die finanziellen, sondern auch die personellen. Und so hat das Parlament gestern nachgelegt, indem es eine Motion von Christoph Grupp (Grüne) überwies, die eine Aufstockung der städtischen Dienststelle Umweltschutz von 200 auf 300 Stellenprozente fordert.

### Wo nicht gespart werden soll

Die Motion von Grupp wurde bereits vor einem Jahr eingereicht und vom Gemeinderat im März beantwortet. Die Behandlung des Vorstosses wurde aber immer wieder verschoben. So war auch die Antwort der Stadtregierung bereits überholt. Diese hatte im März eine Umwandlung in einen Prüfauftrag gefordert – denn da im Budgetierungsprozess erst im Sommer über Stellenschaffungen befunden wird, wollte sie im Frühjahr nicht vorgehen. Inzwischen hat sich der Gemeinderat aber längst für die zusätzliche Vollzeitstelle im Umweltschutz ausgesprochen und sie auch ins Budget für das kommende Jahr aufgenommen.

Das Problem: Eine bürgerliche Mehrheit im Stadtrat hat vor einem Monat in der Budgetberatung den Personalaufwand im

### «Städtischer Wohnungsbau könnte auch wirtschaftlich eine interessante Geschichte sein.»

Barbara Schwickert, Baudirektorin Stadt Biel

Voranschlag für das Jahr 2021 um eine Million Franken gekürzt. Er tat dies linear, also ohne vorzugeben, wo der Gemeinderat Abstriche machen soll. Mit der Überweisung der Motion von Grupp hat der Stadtrat gestern immerhin nachgereicht, wo nicht eingespart werden soll: beim Ausbau der Dienststelle Umweltschutz. Mehr noch: Der Stadtrat hat mit der überwiesenen Motion gar gefordert, im normalen Stellenschaffungsprozess einen Schritt zu überspringen und auf eine zweijährige provisorische Schaffung zu verzichten: Die zusätzliche Vollzeitstelle sei unbefristet zu schaffen.

### Will Stadt Wohnungen bauen?

Damit war gestern das Thema Umwelt und Ökologie im Bieler Stadtrat aber noch nicht gegessen. Gleich im Anschluss diskutierte der Rat über das Ansinnen der beiden Juso-Parlamentarier Miro Meyer und Levin Koller, dass der Gemeinderat den Bau eines Ökoquartiers prüfen solle. Das Postulat verbindet zwei Forderungen: Zum einen wünschen sich Koller und Meyer ein städtisches Quartier, das wenig Fläche pro Bewohnerin beansprucht, das vom motorisierten Individualverkehr befreit ist und das vollständ-

dig mit erneuerbarer Energie versorgt wird. Und sie wollen, dass die Stadt das Quartier selber baut; dass die Stadt also in den Wohnungsmarkt einsteigt.

Die Verknüpfung der Forderungen stiess den Bürgerlichen sauer auf. Sowohl SVP als auch FDP machten klar, dass städtischer Wohnungsbau für sie nicht infrage komme. Die GLP zeigte grosse Sympathie für das Ökoquartier, weil aber auch sie städtische Wohnbautätigkeit ablehnt, enthielt sie sich der Stimme. Auch deshalb wurde der Prüfauftrag letztlich mit einer komfortablen Mehrheit von 27 Ja- zu 20 Nein-Stimmen überwiesen.

Auch dies zur Freude von Bau-, Energie- und Umweltdirektorin Barbara Schwickert. Dass in Biel künftig Ökoquartiere entwickelt werden sollen, das sei für den Gemeinderat eigentlich klar gewesen, sagte sie gestern im Rat. Und sie sprach sich auch dafür aus, den städtischen Wohnungsbau zumindest zu prüfen. «Das könnte auch aus wirtschaftlichen Gründen durchaus eine interessante Geschichte werden für die Stadt. Das möchten wir mit einer seriösen Prüfung gerne herausfinden.» Der Stadtrat hat der Regierung seinen Segen dazu gegeben. Lino Schaeeren